

Jugendcliquen im Kanton: von den sozialen Medien zur Gaming- und z.T. Drogenabhängigkeit

Ausgangslage:

Es gibt aktuell mehrere Indizien, dass sich im Kanton Jugendcliquen zum Teil von mehr als 100 Jugendlichen bilden. Diese Cliquen entstehen über die sozialen Medien und über Gruppenchats und führen oft zu physischen Treffen. Das Kontaktnüpfen startet in vielen Fällen beim Gamen und kann in einem weiteren Schritt zu Drogenkonsum führen. Gehandelt werden zahlreiche Drogen, wie zum Beispiel Exstasy-Pillen, opiathaltige Schmerzmedikamente ("Makatussin" zwar eigentlich rezeptpflichtig, aber online über internationale Apotheken erhältlich), Benzodiazepine ("Xanax") bis hin zu Kokain. Diese Drogen werden häufig kombiniert (lebensgefährlich sind die Kombinationen mit Alkohol und Opiaten). Sie werden oft per Handy bestellt sowie teilweise nach Hause geliefert. Damit ist es für Eltern und Polizei erschwert (präventiv) einzugreifen. Dies kann in kürzester Zeit zu einer Drogenabhängigkeit führen, die wiederum psychische, finanzielle und zum Teil auch physische Folgen mit sich bringt. Erschwerend kam während des Lockdowns hinzu, dass Betreuungspersonal ausgefallen war. Da kaum mehr grössere Parties stattfinden, findet der Konsum mehr im Privaten statt. Die betroffenen Jugendlichen sind zwischen 13 und 18 Jahren alt. Der Beginn eines Mischkonsums geschieht immer früher.

Die Konsequenzen sind manchmal teure stationäre Behandlungen oder überfüllte Spezialkliniken, überforderte Eltern und Lehrpersonen bzw. Lehrbetriebe. Die Jugendcliquen treffen sich nicht nur in Chur, sondern verteilt im Kanton.

So wie bei anderen Kampagnen des Kantons müsste die Bevölkerung auch in dieser Thematik in einem ersten Schritt auf Hinschauen und Erkennen sensibilisiert werden.

In den Jahreszielen 2021 der Regierung sind keine konkreten Massnahmen zu dieser Thematik ersichtlich. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Ist sich die Regierung des Ausmasses des Problems bezüglich Anzahl von Jugendlichen und deren Konsequenzen (überforderte Angehörige, Lehrpersonen und Lehrmeister) bewusst?
2. Wenn ja, was tut die Regierung konkret, um dieses Problem präventiv anzugehen und zu lösen?
3. Falls Frage 1 negativ beantwortet wird: was braucht die Regierung konkret um die Problematik gezielt angehen zu können?